



# GEMEINDE WETTINGEN

## Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 19. Oktober 2000, 19.00 Uhr, Rathaus

---

Vorsitz: Frau Margrit Wahrstätter, Präsidentin

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 46  
Mitglieder des Gemeinderates: 7  
Franz Hard, Schulpflegepräsident  
Karl Meier, Gemeindeschreiber  
Martin Frey, Finanzverwalter

Protokoll: Herr Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber-Stv.

Abwesend entschuldigt: Bürgler Leo, Mitglied des Einwohnerrates  
Koch Hanspeter, Mitglied des Einwohnerrates  
Dr. Meier Charles, Mitglied des Einwohnerrates  
Meier Thomas, Mitglied des Einwohnerrates

Traktanden:

1. Protokoll der Sitzung vom 7. September 2000
2. Inpflichtnahme Steiner Hermann
- 3.1. Einbürgerung; Aho Hanibal, 1964, syrischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 26
- 3.2. Einbürgerung; Busak Karlo, 1977, kroatischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Am Gottesgraben 3
- 3.3. Einbürgerung; Fazzone Gianpiero, 1974, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Brückenstrasse 6
- 3.4. Einbürgerung; Nanni Mirco Salvatore, 1984, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Antoniusstrasse 4
- 3.5. Einbürgerung; Stojanov Trajco, 1960, Stojanov-Filcev Nada, 1963, Stojanov Katerina, 1985, Julija, 1986, und Elizabeta, 1988, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Berninastrasse 16
4. Voranschlüsse 2001; Genehmigung
5. Dringliche Motion der CVP-Fraktion zur Ausrichtung eines Beitrages von Fr. 20'000.— für die Hilfe an Unwettergeschädigte im Wallis
6. Postulat Bodmer Thomas betreffend Erhalt des Naturschutzgebietes Limmatufer und des angrenzenden Erholungsgebietes Fohrhölzli

## 0 Mitteilungen

### 0.a Traktandenliste

Namens der CVP-Fraktion hat Barbara Meier eine dringliche Motion zur Ausrichtung eines Beitrages von Fr. 20'000.— für die Hilfe an Unwettergeschädigte im Wallis eingereicht.

**Barbara Meier:** Alle haben wir in den Medien die Bilder gesehen und die Berichte gehört. Es ist unsere Verpflichtung einen Beitrag zu leisten. Ich bitte Sie der Dringlichkeit zuzustimmen.

**Gemeindeammann Karl Frey:** Die Voraussetzungen für Dringlichkeit der Beratung dieser Motion sind erfüllt. Der Gemeinderat befürwortet die Dringlichkeit.

#### **Beschluss des Einwohnerrates**

Der Einwohnerrat beschliesst mit grosser Mehrheit die Dringlichkeit. Das Geschäft wird als Traktandum 5 behandelt.

### 0.b Rechtskraft

Die Beschlüsse des Einwohnerrates vom 7. September 2000 sind in Rechtskraft erwachsen.

### 0.c Sitzungen 2001

Im Jahre 2001 finden die Sitzungen an folgenden Daten statt:

25. Januar	13. September
5. April	25. Oktober
17. Mai	13. Dezember
21. Juni	

## 1 Protokoll der Sitzung vom 7. September 2000

Das Protokoll der Sitzung vom 7. September 2000 wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

## 2 Inpflichtnahme Steiner Hermann

Hermann Steiner wird durch Leistung des Amtsgelübdes in Pflicht genommen.

### 3 Einbürgerungen

#### 3.a Aho Hanibal, 1964, syrischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 26

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	45
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	42	3

#### 3.b Busak Karlo, 1977, kroatischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Am Gottesgraben 3

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	45
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	42	3

#### 3.c Fazzone Gianpiero, 1974, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Brückenstrasse 6

**Peter Häfliger:** Ich will mich zu diesem Traktandum äussern, damit mir Stephan Preisch nicht vorwirft, ich habe mich hinter der geheimen Abstimmung versteckt. In der Aargauer Zeitung von gestern war der Fraktionsbericht SP/WettiGrünen zu lesen. Dort hiess es: "Wir heissen die einbürgerungswilligen Personen herzlich willkommen. Für unsere Fraktion ist es selbstverständlich, dass wir Personen, welche hier geboren wurden und sämtliche Schulen hier besucht haben, die Einbürgerung nicht verweigern". Für die FDP-Fraktion ist das nicht so selbstverständlich. Wir erachten es als noch keine grosse Leistung, wenn man hier geboren worden ist und hier die Schulen besucht hat. Unsere Ansicht zu Einbürgerungen haben wir im Frühjahr in unserem "Spektrum" festgehalten. Wer lange schon hier gelebt hat, sollte sich nicht erst mit 26 mit der Einbürgerung befassen. Zeit dazu hätte der Bewerber genug gehabt, beispielsweise im langen Sommer, unmittelbar nach der Matur. Während sich andere in den Sommerferien im Militär befinden, hatte er Gelegenheit, sich seinem Studium zu widmen. Das Gesuch wird erst jetzt gestellt, wo der Einzug zum Militärdienst nicht mehr in Frage kommt. Das Gesuch kommt auch noch so rechtzeitig, bevor ein hoher Lohn sich noch auf die Gebühren auswirken könnte.

Heute Abend haben wir uns an das Gebot der Gleichbehandlung zu halten. Danach ist es so, dass jeder 20jährige Schweizerbürger in den Militärdienst einzurücken hat. Unter diesem Gesichtspunkt empfinde ich die Gutheissung solcher Gesuche einen Affront gegenüber jungen, dienstleistenden Schweizerbürgern. Sicher ist der Militärdienst nur ein Aspekt des Schweizer Bürgerrechts. In der Fraktion wurde das Gesuch aus diesem Grund eingehend studiert. Da wird auch das Argument der Unterstellung vorgebracht. Es seien solche Überlegungen Mutmassungen, die nicht bewiesen werden können. Das ist zwar richtig, aber ebenso heikel. Wer gezielt etwas minimieren will, der weiss, dass so etwas nie bewiesen werden kann. Mit diesem Argument wird jedoch dem Missbrauch Tür und Tore geöffnet.

In Anbetracht der Tatsache, dass Herr Fazzone gut integriert zu sein scheint, wird von einer Mehrheit der Fraktion dem Gesuch trotzdem zugestimmt. Eine Minderheit lehnt ab.

**Gemeindeammann Karl Frey:** Beim Kandidaten sind die Wohnsitzerfordernisse erfüllt und er ist integriert. Damit sind die gesetzlichen Erfordernisse erfüllt. Es kam der nahe-liegende Verdacht auf, dass er mit dem Einbürgerungsgesuch absichtlich zugewartet habe. Der Kandidat wurde damit konfrontiert. Eine solche Absicht wurde von Herrn Fazzone bestritten. Es wurde geltend gemacht, dass er sich mit der Frage der Einbürge-rung vorher nicht befasst habe. Erst mit dem Studienabschluss sei dies aktuell gewor-den. Mitgespielt habe auch die Rückwanderung der Eltern nach Italien.

Die Beurteilung der abgegebenen Begründung ist sehr schwierig. Der Gemeinderat hat festgestellt, dass der Verdacht nicht belegbar ist. Deshalb ist der Antrag auf Einbürge-rung gestellt worden. Wir haben dem Bewerber klar zu verstehen gegeben, dass die einzelnen Mitglieder des Einwohnerrates in der Abstimmung frei sind. Mit Nein-Stimmen ist zu rechnen. Zum Gesichtspunkt der Gleichberechtigung gibt es verschiedene Aspekte. Niemand kann nach den geschlechtlichen Vorbedingungen ungleich behandelt werden. Wenn hier die Einbürgerung wegen des Militärdienstes verweigert würde, so wäre das eine Fussangel, die für eine Frau nicht bestehen würde.

**Eva Eliassen:** Ich pflichte dem Gemeindeammann bei. Ich finde es eine Schande, wenn ich als Frau für die Gleichberechtigung eines Mannes einstehen muss. Die zu prüfenden Bedingungen sind erfüllt. Herr Fazzone ist ein guter Kandidat. Der Militärdienst ist nicht zu beurteilen gewesen. Wäre es eine Einbürgerungskandidatin gewesen, hätte sich die zur Diskussion stehende Frage nicht gestellt.

Eingelegte Stimmzettel	45
Leer und ungültig	2
Gültige Stimmzettel	43

	Ja	Nein
Stimmen	25	18

**3.d Nanni Mirco Salvatore, 1984, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettin-  
gen, Antoniusstrasse 4**

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	45
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	45	0

**3.e Stojanov Trajco, 1960, Stojanov-Filcev Nada, 1963, Stojanov Katerina, 1985, Julija,  
1986, und Elizabeta, 1988, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettin-  
gen, Berninastrasse 16**

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	45
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	39	6

**4 Voranschläge 2001; Genehmigung****Eintretensdebatte**

**Roland Kuster:** Die Finanzkommission stellt keine Streichungsanträge. Das ist zur Kenntnis genommen worden.

Die Finanzkommission hat ein verändertes Verfahren der Prüfung angewandt. Für die Prüfung standen uns gute Grundlagen zur Verfügung. Die Modusänderung bestand unter anderem darin, dass viele Fragen auf schriftlichem Weg oder im direkten Gespräch abgewandelt werden konnten.

Brennende Fragen wurden in Schwerpunktthemen diskutiert. Ich komme in der Detailberatung darauf zurück. Die gemeinsame Sitzung konnte für zukunftsgerichtete Themen verwendet werden. Das Echo darauf ist auf beiden Seiten positiv. Wir wollen den nun eingeführten Prüfungsmodus auch beibehalten. Ich danke allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Der Gemeinderat legt ein Budget von 71.6 Mio. Franken Umsatz vor. Das Budget ist bei einem Steuerfuss von 95 % ausgeglichen. Entgegen der ursprünglichen Ansicht nach Finanzplan entsteht im Jahr 2001 kein Aufwandüberschuss. Vorgesehen war ursprünglich ein Defizit von 1,4 Mio. Franken. Die Pflicht- und zusätzlichen Abschreibungen sind eingeplant.

Beim Nettoaufwand bestehen beträchtliche Unterschiede zum Voranschlag 2000 und zur Rechnung 1999. Insbesondere sind betroffen öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Verkehr und Umwelt/Raumordnung. Da sind durchschnittliche Steigerungen des Nettoaufwandes von 20 % zu verzeichnen. Bei der Sozialen Wohlfahrt kann wieder eine Reduktion registriert werden.

Gesamthaft ist davon auszugehen, dass der Nettoaufwand um 8 – 8.5 % steigen wird. Die Nettoinvestitionen betragen für das Jahr 2001 9.6 Mio. Franken. Dazu gehören insbesondere die beschlossenen Bauten im Schulbereich. Die Investitionen sind zu 90 % eigenfinanziert. Die Fremdfinanzierung beträgt 4,7 Mio. Franken. Die Verschuldung wächst auf 49 Mio. Franken an.

Der Steuereingang ist sehr schwierig zu budgetieren. Aufgrund der Tatsache, dass in den letzten beiden Jahren von einem realistischen Steuerertrag ausgegangen werden konnte und die Finanzverwaltung einige Tools entwickelt hat, um die zu erwartenden Steuergelder vorauszusagen, sind wir der Auffassung, dass der Steuerertrag von 38 Mio. Franken für 2001 realistisch budgetiert ist. Im Zinsbereich sind die langfristigen Schulden zu 4,5 % zu verzinsen, im Gegensatz zu 6 oder 6.5 % wie vor Kurzem. Das ist auf ein intensives Cash-Management zurückzuführen.

So gesehen scheint alles in Ordnung zu sein. Ein Wermutstropfen bleibt. Man stellt fest, dass der Nettoaufwand beträchtlich zugenommen hat. Die Schleusen sind geöffnet worden. Es werden Ausgaben getätigt, die im Gesamtüberblick in Frage gestellt werden könnten. Es ist fraglich, ob alles ausgegeben werden muss. Bei einem konsequenten Sparwillen wäre wohl noch etwas mehr möglich gewesen. Aber, da die Ausgaben nachvollziehbar begründet werden und wegen der guten Finanzlage zu verkraften sind, kann die Finanzkommission zustimmen. Die Zusatzaufwendungen werden da eingesetzt, wo in der Vergangenheit gespart worden ist.

Bei genereller Betrachtung des Budgets kann eine Trendwende festgestellt werden. Diese Signale dürfen aber nicht falsch interpretiert werden. Es gilt wachsam zu bleiben. Der tiefe Steuerfuss führt zu einem erheblichen Vorteil im Standortmarketing. Die Reduktion der verzinslichen Nettoschuld führt zu einem kleineren Aufwand im Kapitaldienst. Ein massvolles Ansteigen des Nettoaufwandes ist möglicherweise besser als ein sprunghaftes Zunehmen.

Der Erhalt und der Ausbau der Gemeindeinfrastruktur ist eine laufende Aufgabe. Gesamthaft schlägt die Finanzkommission einstimmig das Budget zum Eintreten vor und empfiehlt auch Annahme.

**Gemeindeammann Karl Frey:** Der Gemeinderat kann Ihnen ein erfreuliches Budget unterbreiten. Trotz Einschränkungen wegen der neuen Steuergesetzgebung ist es möglich, den Steuerfuss von 95 % beizubehalten. Der wirtschaftliche Aufschwung wirkt sich nun aus und die Lichtblicke werden immer konkreter. Es darf davon ausgegangen werden, dass der finanzielle Handlungsspielraum inskünftig grösser wird. Ich möchte jedoch davor warnen, übermütig zu werden, weder in Richtung Steuersenkungen noch in Richtung gesteigerter oder neuer Ansprüche. Während der Jahre der rezessionsbedingten Engpässe war es möglich, den Steuerfuss durchwegs beizubehalten, vorab wegen der Ausschöpfung der vorhandenen Sparpotentiale; überall wurde der Sparhebel angesetzt, unter anderem auch beim Unterhalt der Infrastrukturanlagen. Dies führt jedoch zu einem Nachholbedarf, welcher zu einer vordringlichen Gemeindeaufgabe wird. Die Einschränkungen beim Unterhalt der Infrastrukturanlagen dürfen nicht zu finanziellen Altlasten werden, welche die kommende Generation, die auch ihre Aufgaben zu lösen haben wird, nachhaltig belasten. Soweit ein kurzer Ausblick.

Zum Anstieg des Nettoaufwandes ist folgendes zu bemerken: Er ist vor allem auf interne Verrechnungen zurückzuführen, das ist der grosse Posten. Der Gemeinderat ersucht Sie, auf die Voranschläge einzutreten.

**Marcel Huggenberger:** Der Gemeinderat präsentiert ein ausgezeichnetes Budget. Der Dank geht auch an die Finanzverwaltung. Der Budgetaufwand liegt gute 3,5 % unter der Rechnung 1999, aber 2,2 % über dem Budget 2000. Es kann mit 2,6 % Mehrerträgen gegenüber dem Budget 2000 gerechnet werden. Wettingen darf nach wie vor einen hohen Beitrag an den horizontalen Finanzausgleich leisten. Das kostet uns 1,035 Mio. Franken. Die Finanzverwaltung können wir besonders wegen des ausgezeichneten Cash-Managements loben. Die Finanzen in unserer Gemeinde sind in guten Händen. Die Gemeinde steht auf gesunden Füßen. Die Überwachungsfunktionen, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, greifen. Trotz Erhöhung unserer Schulden auf 49 Mio. Franken können die 4,73 Mio. Franken Fremdfinanzierung gut verkraftet werden. Gespannt sind wir auf die Kostenentwicklung der Zukunft. Viele Aufgaben kommen noch auf uns zu, bei den öffentlichen Gebäuden, bei den Strassen und beim Leitungsunterhalt. Eine Steuersenkung, wie von der FDP längerfristig gefordert, liegt nach unserer Meinung in weiter Ferne. Wir sind für Eintreten.

**Vreni Neukomm:** Die EVP/LdU-Fraktion kann den Voranschlag gutheissen. Es liegt ein realistisches Budget mit guten Erklärungen vor. Abweichungen zur Rechnung 1999 sind klar verständlich. Unser Dank geht ebenfalls an alle Abteilungen, vorab an die Finanzverwaltung. Positiv sehen wir die vorgeschlagene Lohnerhöhung und die Teuerungszulage beim Verwaltungspersonal, ebenso die Möglichkeit der Weiterbildung. Bei den Steuereinnahmen haben wir Bedenken. Wegen der Umstellung auf die jährliche Steueranlagung rechnen wir eher mit Mindereinnahmen. In unserem Ausblick auf zukünftig wichtige Aufgaben gehört neben Gebäudesanierungen und Strassenunterhalt sicher auch der Abbau des Schuldenberges dazu. Das verlangt vom Gemeinderat trotz wirtschaftlichem Aufwärtstrend ein geschicktes Haushalten mit einem knappen Budget. Wir sind ebenfalls für Eintreten.

**Kurt Gähler:** Der absolute Sparwillen ist gewichen. Dieser Satz steht in der Schlussfolgerung der Finanzkommission. Diese negative Trendwende beim Sparwillen besorgt unsere Fraktion. Wir können aus diesem Grund nicht in den allgemeinen Lobgesang einstimmen. Der Ablauf der Budgetierung in der Gemeinde ist zu hinterfragen. Wir haben einige Problempunkte erkannt. Diese sollen als ein konstruktiver Beitrag zur nachhaltigen Gesundung unserer Finanzlage sein.

Wir verstehen unter einem Budget ein in die Zukunft gerichtetes Führungsinstrument, das sich an messbaren Zielen und Leistungsvorgaben an die Abteilungen orientieren soll. Unsere festgestellten Abweichungen nach diesem Bild:

Das Budget ist vergangenheitsorientiert. Das sieht man aus den gemeinderätlichen Vorgaben zur Budgetierung. Da heisst es wörtlich: "Die Abteilungen und Kommissionen sind angehalten, sich an die Zahlen des Vorjahres zu halten". In Wettingen widersprechen sich die Budgetvorgaben. Gemäss Gemeinderat haben die Budgeteingaben nach der Zero-base-Methode zu erfolgen. Dies steht im Gegensatz zu den ersten Zielen, wenn man sich an die Zahlen des Vorjahres zu halten hat.

In Wettingen wird das Budget auf den zu erwartenden Einnahmen aufgebaut und nicht anhand von klar definierten Leistungsaufträgen. Viele Nettoausgaben sind demzufolge im Giesskannenprinzip erhöht worden. Die Erhöhungen liegen immer knapp unter unserer Reizschwelle. Wenn man die Summe ansieht, so resultiert ein Zuwachs beim Nettoaufwand von 8.8 %. Das ist ein Trend, der gestoppt werden muss.

Wenn wir nicht wissen, wohin wir wollen, so werden wir nie dort ankommen. Die FDP ist sich bewusst, dass eine Gemeinde nicht wie eine Unternehmung geführt werden kann. Dennoch gibt es Führungsinstrumente und Führungsansätze der Privatwirtschaft, die hinzugezogen werden können. Solche Grundsätze und Führungsinstrumente sind Elemente einer wirkungsorientierten Verwaltung. Die FDP erachtet jetzt es an der Zeit, dass sich die Gemeinde Wettingen nach der erfolgreich durchgeführten LOVA nun mit der WOV auseinandergesetzt. Unsere Fraktion wird das Thema fundiert studieren und im Frühjahr die Anträge unterbreiten. Aufgrund dieser übergeordneten Überlegungen verzichten wir in der Detailberatung auf Wortmeldungen.

Wir stimmen dem Voranschlag 2001 zu, beobachten aber, ob mit den bewilligten Mittel haushälterisch umgegangen wird. Allen neuen Begehrlichkeiten stehen wir sehr kritisch gegenüber. Die Steuerfussenkungen von mindestens 2 % für die nächste Finanzplanperiode ist als Ziel ins Auge zu fassen. WOV soll in einem länger andauernden Prozess in kleinen, verdaubaren Schritten eingeführt werden. Wir wollen damit die politische Führung stärken und die Verwaltung motivieren.

**Kurt Josef Müller:** Im Namen der SVP-Fraktion darf ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung, ein grosses Lob für die Arbeit mit dem vorliegenden Budget aussprechen. Das Zeugnis für den Gemeinderat würde lauten: "Hat die ihm übertragene Arbeit zu unserer Zufriedenheit erledigt". Der SVP fehlt in diesem Budget einmal mehr die Fortsetzung der LOVA-Massnahmen. Dennoch ist die SVP-Fraktion für Eintreten.

**Kurt Gähler:** Ich habe noch zwei grundsätzliche Fragen vor der Detailberatung. Bei den Budgetvorgaben des Gemeinderates ist erwähnt, dass alle Abteilungen und Kommissionen gehalten sind, Einsparungen zu machen oder vorzuschlagen, dort wo solche realistisch sind. Zahlenmässig wie viele Vorschläge sind eingegangen? Im vorliegenden Finanzplan wird davon ausgegangen, dass der jährliche Zuwachs beim Nettoaufwand bei 1 % liegt. Wir haben aktuell eine Steigerung um mehr als das Doppelte. Was hat das für einen Einfluss auf Schuldenabbau und Eigenfinanzierungsgrad?

**Gemeindeammann Karl Frey:** Ich äussere mich zum erwähnten Widerspruch bei den Budgetvorgaben - Zerobase-Methode und Vorjahreszahlen. Zerobase ist die Vorgabe für das Vorgehen bei der Budgetierung und die Vorjahreszahlen bilden die Limite.

Zu den Einsparungen kann ich nicht konkret Stellung nehmen. Diese haben sich aber in verschiedenen Budgetpositionen ausgewirkt. Das Anwachsen der Steuern ist höher als im Finanzplan gerechnet. Das muss ausgewertet werden. Nach Rechtskraft des Budgets wird ein interner Finanzplan gemacht, wie auch nach Abschluss der Rechnung. Der Finanzplan ist ebenfalls ein Führungsinstrument, nicht nur das Budget.

Eintreten unbestritten.

### **Detailberatung**

## 0 Allgemeine Verwaltung

**Roland Kuster:** Die Finanzkommission hat sich mit Schwergewichtsthemen befasst, hier mit der EDV. Wir sind überzeugt worden, dass die EDV straff, kostengünstig, effizient und zielgerichtet geführt wird. Im Anschluss an die Budgetverabschiedung werden wir über die geplanten Konzepte im EDV-Bereich orientiert. Ein zweiter Punkt betrifft die Telefongebühren. Die Gemeindeverwaltung hat aufgrund der Anträge der Finanzkommission das Thema intensiv geprüft. Aufgrund der Analyse hat die Swisscom die günstigsten Angebote gemacht. Mit der Swisscom ist ein sinnvolles Abkommen getroffen worden.

### 012.395.00 Anteil Soziallasten

**Kurt Josef Müller:** Woraus resultiert die unverhältnismässige Steigerung?

**Gemeindeammann Karl Frey:** Die Soziallasten sind mathematische Konsequenzen der Löhne. Basis sind die verbindlichen Reglemente und die statutarischen Bestimmungen. Massgeblich beeinflusst worden ist die Veränderung durch die vorgesehene Lohnerhöhung um 3 %.

## 1 Öffentliche Sicherheit

**Roland Kuster:** Bei der Feuerwehr wird intensiv die Zusammenarbeit gesucht. Mit den umliegenden Gemeinden sind die Gespräche im Gange. Ein weiteres Thema ist die Schiessanlage Eigi. Die Anlage ist nicht mehr zu sanieren. Es muss eine andere Lösung geprüft werden. Das Gespräch mit den Schiessvereinen ist ebenfalls im Gange. In nächster Zeit wird der Gemeinderat einen Antrag unterbreiten.

## 2 Bildung

**Roland Kuster:** Die Bildung ist immer wieder ein Thema der Finanzkommission. Sie ist ein wichtiger, aber auch ein gewichtiger Positionsanteil. Was bedeutet der Umbau der Schule Aargau für die Gemeinde? Die Antwort dazu ist einfach. Der Umbau wird in den nächsten 1 – 2 Jahren keine oder nur marginale Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben. Es wird nächstens ein Gespräch mit der Schulpflege zum Thema stattfinden.

### 218.352.00 Schulgelder an Gemeinden

**Pia Müller:** Ich stelle den Antrag, die Position um Franken 25'000.— zu erhöhen. Begründung: Zur Zeit besuchen 7 Primarschulkinder aus Wettingen die Tagesschule in Baden. Wettingen stellt damit 14 % der gesamthaft 50 Kinder. Die jährlichen Kosten für die Eltern betragen Fr. 12'000.—. Darin inbegriffen sind die Kosten für das kommunale Schulgeld sowie Betreuungs- und Essenskosten. Das Schulgeld in der Stadt Baden beträgt in der Primarschule Fr. 4'100.—. Eines der sieben Kinder ist durch die Schulpflege Wettingen eingewiesen worden und wird von der Gemeinde finanziert. Die anderen Familien bekommen bei einem steuerbaren Jahreseinkommen unter Fr. 50'000.— auf Antrag einen Beitrag von Fr. 1'000.—. Ich beantrage, dass die Gemeinde das gesamte kommunale Schulgeld der Wettinger Kinder übernimmt. Für das Jahr 2001 ergibt dies 6 x 4'100.—. Ich werde immer wieder als Präsidentin des kantonalen Tagesschulvereins darauf angesprochen.

**Vizeammann Heiner Studer:** Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Gemeinde trägt die Kosten im konkreten Beispiel anstelle des Heimplatzes. Bei einem steuerbaren Einkommen bis Fr. 50'000.— zahlen wir Fr. 1'000.—.

Der Gemeinderat hat die Frage über die Schulpflege in der ernsthaften Prüfung. Wir sind gewillt, zur Frage Stellung zu nehmen. Das Thema ist in der Luft und wird zu entsprechenden Anträgen führen. Der gestellte Antrag betrifft Kinder, die jetzt schon die Tagesschule besuchen. Es gibt aber Eltern, die ihre Kinder nicht schicken, da die Kosten nicht getragen werden. Es würde das zu einer Ungleichbehandlung führen. Ich bitte Sie die Überprüfung abzuwarten und dann die politischen Entscheide zu treffen.

**Leo Scherer:** Wie immer in solchen Fällen, wird getröstet. Für die jetzt Betroffenen ist das keine Lösung. Bis die Aenderung eintrifft, sind die Kinder nicht mehr in der Tagesschule. Die Gemeinde soll doch das zahlen, was die Gemeinde einspart.

**Vizeammann Heiner Studer:** Nach unserer Berechnung wird ein Betrag unter Fr. 1'000.— gespart. Es ist noch etwas Zweites zu beachten. Was passiert mit den nächsten Schuljahren? Dafür wäre kein Kredit vorhanden. Das würde zu Ungleichbehandlungen führen.

### **Abstimmung:**

In der Abstimmung spricht sich eine grosse Mehrheit gegen die Erhöhung aus (Pia Müller befindet sich im Ausstand).

### **219.365.00 Verein Mittagstisch**

**Ruth Amacher:** Ich verweise noch auf Seite 9 der Erläuterungen. Hier steht, dass der Verein Mittagstisch eine notwendige Betreuungslücke für schulpflichtige Kinder schliesse. Am Schluss steht, dass der Beitrag dahinfallen werde, wenn die Tagesschule eingeführt ist.

Hierzu möchte ich gerne eine Hintergrundinformation geben. Tagesschule und Mittagstisch haben etwas Gemeinsames, sie übernehmen die Kinderbetreuung. Neben den verschiedenen Betreuungsangeboten bestehen bei beiden Institutionen unterschiedliche Finanzierungsmodelle.

Der Mittagstisch ist ein Angebot für Elternteile, die Teilzeit arbeiten. Kinder aus solchen Familien kommen ein- bis dreimal zum Mittagstisch, vereinzelt sogar bis fünfmal. Weil in nächster Zeit die Gefahr nicht besteht, dass der Betrag gekürzt wird, will ich nicht weiter ausholen.

Eine Gemeinde sollte alles tun, um attraktiv zu sein. Sie sollte ein Anziehungspunkt für junge Familien sein. So kann der Überalterung unserer Gemeinde vorgebeugt werden. Das Kinderbüro in Baden kann bestätigen, dass sich viele Familien nach Kinderbetreuungsangeboten erkundigen. Werkstätige Mütter können es sich nicht leisten, an einem Ort zu wohnen, an dem kein Betreuungsangebot vorhanden ist. Bereits sind in verschiedenen Gemeinden und Firmen solche Einrichtungen ins Leben gerufen worden. So führt das ABB Forschungszentrum seit einigen Jahren eine Krippe. Baden und Ennetbaden stellen Fr. 20'000.— und Fr. 15'000.— für den Mittagstisch zur Verfügung. Ich hoffe darauf, dass auch die Gemeinde Wettingen im Sinne eines Standortvorteils in einem nächsten Budget einen angemessenen Beitrag sprechen wird.

**Patricia Schibli:** Ich habe einige Bemerkungen zur Wirtschaftlichkeit in der Kinderbetreuung. Ich hebe hervor, dass ein Mittagstisch einen guten Refinanzierungsgrad besitzt. Der Verdienst erwerbstätiger Frauen wird steuerwirksam. Ich habe das für verschiedene Frauen in verschiedenen Einkommensklassen untersucht. Bei einer zweitverdienenden Frau, die zu 60 % arbeitet, kann das für Wettingen zwischen Fr. 2'000.— und Fr. 6'500.— Steuereinnahmen pro Jahr ausmachen. Wenn beispielsweise 15 Frauen wegen des Mittagstischs die Möglichkeit erhalten zu arbeiten, dann sollte für die Gemeinde längstens ein Ausgleich zwischen Unterstützung und Einnahmen aus dem Verdienst resultieren. Auch das Standortmarketing soll erwähnt werden. Anlässlich des Neuzuzügerabends ist auf den Mittagstisch hingewiesen worden.

Ich will nicht am Budgetposten rütteln. Es geht darum, die in Gang gebrachte Entwicklung zu unterstützen. Es ist mir ein Anliegen, dass in der Zwischenzeit die Pflanze "Mittagstisch" nicht abstirbt und deshalb im Notfall alle Möglichkeiten der Unterstützung ausgeschöpft werden. Im Altenburg zählen wir 18 – 28 Kinder pro Tag. Die gemachten Erfahrungen sollen in die Studie miteinbezogen werden.

**Vizeammann Heiner Studer:** Die erwähnte Begründung auf Seite 9, letzter Satz, ist falsch und sollte nicht dastehen. Er hätte im Rahmen der Bereinigung gestrichen werden sollen.

#### **219.318.04 Honorare Externer Berater**

**Thomas Canonica:** Bei diesem Honorar ist das Projekt Tagesschule betroffen. Die Parteipräsidenten sind über das Projekt orientiert worden. Mich erstaunt, dass nachdem bereits Rückstellungen in der Höhe von Fr. 3'000.— gemacht worden sind, nun nochmals Fr. 10'000.— im Voranschlag eingestellt sind. Ich habe den Wunsch, dass bei der Beurteilung der Offerte dem auch Rechnung getragen wird.

**Pia Müller:** Als Antwort auf den Einwand Canonica muss hier unterschieden werden zwischen dem Antrag der Schulpflege in der Höhe von Fr. 10'000.— und dem vom Verein Tagesschule Wettingen beschlossenen Betrag in der Höhe von Fr. 3'000.—.

**Vizeammann Heiner Studer:** In dieser Angelegenheit arbeiten wir unabhängig. Der Verein hat ein bestimmtes Interesse. Die Schule hat ein Interesse, dass alles seriös abgeklärt wird.

### **3 Kultur, Freizeit**

**Roland Kuster:** In diesem Bereich haben zwei Hauptpunkte interessiert. Zum einen ist es das Trägerhard als Gesamtes. Der Gemeinderat hat noch keine Auskunft gegeben können. Die Studie ist im Gang, die Arbeitsgruppe ist an der Arbeit. Eine Orientierung im Einwohnerat wird anfangs nächstes Jahr folgen. Weiter interessierte uns Ftan. Die Finanzkommission hatte bereits eine Vorlage. Wir verlangten noch einige Zusatzinformationen. Verschiedene Investitionen sind geplant. Vor der eigentlichen Behandlung wollte man sich zum Konzept äussern können. Der Gemeinderat bereitet die Vorlage zuhanden der nächsten Einwohnerratssitzung vor. Darin werden eine Wirtschaftlichkeitsrechnung und das Konzept enthalten sein. Schliesslich interessierte uns die Kultur ansich. Sie ist ein weiter Begriff. Könnte in Wettingen zum Thema Kultur nicht auch ein Leitbild geschaffen werden? Der Gemeinderat wird sich diesem Thema anfangs nächstes Jahr annehmen. Es ist ein Leitbild für die gesamte Gemeinde in Vorbereitung. Die Kultur wird darin ein Bestandteil sein.

### 340.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

**Marianne Weber:** Hier handelt es sich um einen Betrag von Fr. 90'400.—. Ich habe mir sagen lassen, der Fussballclub könne damit den Rasen pflegen. Auf den Monat umgerechnet ergibt das Fr. 7'500.—, was mir als relativ hoher Betrag für den Unterhalt eines Fussballfeldes erscheint. Wieso wird ein so hoher Betrag ins Budget aufgenommen?

**Gemeinderat Hansruedi Burkhard:** Der Fussballclub FC Wettingen 93 erhält effektiv Fr. 70'000.—. Er wurde ursprünglich gedacht für die Unterstützung der Juniorenmannschaft. Dafür übernimmt er zusätzlich den Unterhalt des Sportplatzes Altenburg. Die restlichen Fr. 20'000.— sind für Aufwendungen des Werkhofes in anderen Sportanlagen gedacht. Wenn die Gemeinde für den FC Wettingen 93 Leistungen erbringt (Rasenschnitt), werden diese ebenfalls von diesen Fr. 70'000.— in Abzug gebracht, so dass im Endeffekt vielleicht noch Fr. 64'000.— ausbezahlt werden.

**Marianne Weber:** Ich verstehe die Argumentation nicht. Die Gemeinde mäht den Rasen und zahlt noch Fr. 64'000.—.

**Gemeinderat Hansruedi Burkhard:** Zum Platzunterhalt zählt nicht nur der eigentliche Rasen. Auch die Umgebung gehört dazu. Die Goalräume müssen auch alljährlich hergerichtet werden. Ferner gehören die anderen Anlagenteile (Tribüne und übrige Infrastruktur) dazu.

**Marianne Weber:** Ich will mich nicht für das Erbsen zählen breit machen. Ich stelle fest, dass bei der Kinderbetreuung die Erbsen gezählt werden. Hingegen bei sportlichen Bedürfnissen wird mit der grossen Kelle angerichtet. Ich stelle den Antrag den Betrag um Fr. 10'000.— zu kürzen.

**Thomas Canonica:** Ich stelle kurz einige Vergleiche zu Kinderbetreuung, Sport, Kultur, Musik oder Jugend an. Ich habe ausgerechnet, dass wir monatlich für Musik und Gesang Fr. 6'500.—, für Theater und andere Kultur Fr. 9'500.— ausgeben. Angesichts der Tatsache, dass der Verein auch in sportlicher Hinsicht gut dasteht, die Juniorenmannschaft blüht und funktioniert, stimmt für mich das Verhältnis zu den eben genannten Rubriken. Ich kann dem Antrag nicht zustimmen.

**Pia Müller:** Ich verstehe nicht, dass ein Verein über das Konto baulicher Unterhalt durch Dritte unterstützt wird. Wenn ich alles richtig verstanden habe, so handelt sich ja nicht um einen baulichen Unterhalt, sondern um einen Beitrag an einen Fussballverein.

**Gemeinderat Hansruedi Burkhard:** Der bauliche Unterhalt ist ein allgemeiner Begriff. Auch der Anlagenabwart wird vom FC Wettingen 93 bezahlt.

**Kurt Gähler:** Ich habe mir vorgenommen, am Erbsenzählen nicht mitzumachen. Nun tue ich es doch. Ich habe auch einen Sohn, der während Jahren im FC mitgespielt hat. Er ist einer von Hunderten und gehört nicht zu jener Hand voll Jugendlicher, die in der Villa Fluck ihre Freizeit verbringen. Diese Hundertschaft Jugendlicher wird Abend für Abend betreut. Es geht nicht um das Rasen mähen. Es geht hier um das Umgebung schaffen, in der die Jugendlichen ihre Freizeit sinnvoll nutzen können. Der FCW macht gute Jugendbetreuung.

**Leo Scherer:** Ich muss doch noch einige ideologische Worte los werden. Die von Herrn Gähler gepriesene Unterstützung der Juniorenarbeit des FC Wettingen entspricht dem klassischen Giesskannenprinzip. Es wird nicht geschaut, welche Eltern Beiträge zahlen könnten, um die wunderbare Kinderbetreuung abzugelten. Nein, die Gemeinde muss breit gestreut einen Beitrag leisten. Mich stört nicht das Zahlen der Beiträge, sondern die Einäugigkeit.

#### **Abstimmung:**

In der Abstimmung wird der Kürzungsantrag Weber mit grossem Mehr abgelehnt.

## **4 Gesundheit**

### **44.365.01 Gemeindebeitrag Spitex**

**Roland Kuster:** Hier ist uns der massive Beitrag an die Spitex aufgefallen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass dies keine wünschbare Ausgabe, sondern eine Dienstleistung der Gemeinde ist. Wir wollen den Gemeinderat jedoch klar darauf hinweisen, dass die Entwicklung nicht so weitergehen kann. Der Gemeinderat soll über seinen Einsitz im Vorstand darauf einwirken. Auch andere Einnahmen sollten erschlossen werden können.

**Kurt Josef Müller:** Die SVP-Fraktion ist ebenfalls überrascht über die Erhöhung des Gemeindebeitrages. In den Begründungen des Gemeinderates heisst es, der Verein sei bestrebt, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Das ist aber keine grosse Kunst, wenn der Gemeindebeitrag erhöht wird, bis das Ziel erreicht ist. Ich habe deshalb noch zwei Fragen. Wieweit ist der Gesamtgemeinderat vor dem Umzug konsultiert worden bzw. ist der Entscheid für mehr Räume zugunsten der Administration vom Gemeinderat mitgetragen worden? Hat der Gemeinderat bezüglich Weiterausbau von Pflegeleistungen durch den Spitexverein ein Vetorecht?

**Gemeinderätin Dr. Doris Stump:** Die Veränderungen beim Spitex-Verein sind dem Gesamtgemeinderat unterbreitet worden. In einer Leistungsvereinbarung mit dem Verein ist durch den Gemeinderat festgehalten worden, welche Leistungen erbracht werden sollen. Veränderungen sind dem Gemeinderat zu unterbreiten.

Das wirtschaftliche Denken wird von uns ernst genommen. Ich erinnere daran, dass vor drei Jahren die beiden Kirchgemeinden noch je Fr. 50'000.— bezahlt haben. Im Spitexbereich hat sich mit der Einführung des KVG einige Veränderungen eingestellt. Die Krankenkassen übernehmen gewisse Leistungen. Gleichzeitig ist aber auch eine Berechnungsart eingeführt worden, die dem Verein weniger verrechenbare Zeit zugesteht. Die Kosten, welche bezahlt werden, entsprechen nicht den normalen Ansätzen im Gesundheitswesen.

Bei der Haushilfe ist die Differenz noch grösser. Die Subvention seitens der Gemeinde beziffert sich hier bis Fr. 50.— pro Stunde. Andernfalls wären die Leistungen der Spitex für die Patienten und Patientinnen nicht mehr zahlbar. Der Verein ist bemüht, das Verhältnis von verrechenbarer und nicht verrechenbarer Zeit zu verbessern. Auch bestehen Kontakte mit dem Kanton, um hier eine Verbesserung zu erreichen.

Die Investitionen für die neuen Räumlichkeiten sind aus dem Vermögen des Vereins bezahlt worden. Die Gemeinde hat hier nichts beisteuern müssen. Selbstverständlich ist das Vereinsvermögen dank Gemeindebeiträgen über Jahre geäufnet worden.

## 5 Soziale Wohlfahrt

### 540.365.02 Beiträge an Kinderbetreuung

**Roland Kuster:** Das Thema Kinderbetreuung ist hier nochmals zu erwähnen. Im Sinne der Aufstockung wird dem Gemeinderat unter die Arme gegriffen. Konkret. - Im Kinderhort Spatzenäschli ist ein neues Konzept eingeführt worden. Dies führt dazu, dass weitere Beiträge benötigt werden, rund Fr. 130'000.— statt Fr. 95'000.— wie im Voranschlag erwähnt. Die Budgetposition ist dem Gemeinderat rechtzeitig eingereicht worden. Sie wurde der Finanzkommission dann aber erst während der Beratung des Voranschlages unterbreitet. Man war ursprünglich der Auffassung, dem Einwohnerrat ein Gesamtkonzept vorzulegen. Das Ziel ist noch nicht erreicht. Für 2001 sind deshalb im Konto 540.365.02 noch zusätzliche Fr. 35'000.— nötig. Die Finanzkommission hat dem nicht alltäglichen Vorgehen zugestimmt.

#### Abstimmung:

Der Erhöhung des Betrages im Konto 540.365.02 um Fr. 35'000.— wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

## 6 Verkehr

**Roland Kuster:** Die Finanzkommission hat sich intensiv mit dem Erhalt der Gesamtnfrastruktur auseinandergesetzt. Damit sind die Abteilungen 6 und 7 betroffen. Bei der Bau- und Planungsabteilung existiert das EDV-Programm DUEGA. Damit wird der Zustand der Hochbauten der Gemeinde beurteilt. Daraus lässt sich der Investitionsbedarf ermitteln. Auf eine Zeitachse umgelegt lässt sich ableiten, wie der Finanzbedarf sich entwickeln wird. Auch bei den Strassen soll das Gleiche gemacht werden. Auch im Bereich des Wassers ist eine Untersuchung und Analyse im Gange. Ende 2001 soll eine Gesamtschau zum Unterhalt und zur Erhaltung der Infrastruktur vorhanden sein.

## 7 Umwelt, Raumordnung

### 770.318.00 Dienstleistungen, Honorare

**Roland Kuster:** Im Voranschlag ist ein Betrag von Fr. 20'000.— für Naturschutzprojekte 2000 enthalten. Im Budget 2001 ist der Betrag nicht mehr aufgenommen worden. Begründet wurde dies damit, dass in den letzten Jahren keine solchen Projekte mehr vorhanden gewesen seien. Aktuell sind zwei Sachen in der Vorbereitung. Wenn diese Vorhaben schon in Vorbereitung und nächstes Jahr für die Umsetzung bereit stehen, dann müsste ein Betrag zur Verfügung gestellt werden. Das Konto 770.318.00 soll wieder auf Fr. 20'000.— erhöht werden.

#### Abstimmung:

Der Erhöhung des Kontos 770.318.00 auf Fr. 20'000.— wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

### 770.366.00 Bewirtschaftungsbeiträge

**Pius Benz:** Für was wird dieses Konto verwendet?

**Gemeinderätin Antoinette Eckert:** Der Kulturlandkommission können Anträge für Beiträge an die Bewirtschaftung von Landflächen eingereicht werden.

## 721 Abfallbeseitigung

**Felix Feiner:** Ich habe vor einem Jahr eine Interpellation zum Thema Abfallentsorgung resp. zum Thema Abfallsünden eingereicht. Der Gemeinderat hat gesagt, er werde die Entwicklung im Auge behalten. Offensichtlich sind die Augenlider schwerer geworden. Die Situation hat man nach wie vor nicht im Griff und im Voranschlag ist auch kein entsprechender Betrag vorhanden. Bei den Bussen sind nur Fr. 500.— vorgesehen. Sollte die Zielsetzung in diesem Bereich nicht etwas höher gesetzt werden?

**Gemeinderat Dr. Utzinger:** Ich nehme den Wunsch gerne entgegennehmen. Die Diskussionen im Werkhof darüber sind im Gange. Es ist richtig festgestellt worden, dass die Problematik noch gelöst werden konnte. Es handelt sich um viele Tonnen Abfall, die so abgelagert werden. Es werden derzeit Überlegungen angestellt, ob nicht via Polizei Kontrollen und Nachforschungen vorgenommen werden können. Auch Videoüberwachungen werden in Betracht gezogen.

## 8 Volkswirtschaft

### 800.365.01 Beitrag Viehzüchter

**Pius Benz:** In der Rechnung 1999 ist ein Betrag von Fr. 700.— enthalten. Soviel ich weiss, ist dieser Betrag einmal ins Leben gerufen worden als Entschädigung für Schäden, verursacht durch Hunde oder Hundekot. Wieso ist der Betrag wie 2000 schon wieder gestrichen?

**Gemeindeammann Karl Frey:** Es handelt sich um die zwischenzeitlich weggefallenen Besamungsbeiträge.

## 9 Finanzen, Steuern

Keine Bemerkungen.

## Rückkommen

### 012.395.00 Anteil Soziallasten

**Kurt Josef Müller:** Die Ausführungen des Gemeinderates zur unverhältnismässigen Erhöhung des Anteils Soziallasten sind wenig aussagekräftig ausgefallen. Ich erlaube mir deshalb folgende Feststellung: Die SVP-Fraktion empfindet die Weiterführung des Leistungsprimats bei der Pensionskasse als unzweckmässig. Das in Wettingen angewendete System bevorteilt langjährig angestellte Personen. Es ist nicht geeignet, junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten anzulocken. Für diese muss in erster Linie der Nettolohn stimmen. Bei einer allfälligen Lohnerhöhung sollte aber auch mehr als 3 % gegeben werden können. Es wäre dann aber auf das Beitragsprimat und die paritätische Teilung der Soziallasten übergegangen werden. Dies fände auch in unserer Fraktion die Zustimmung. Eine generelle Erhöhung der Lohnsumme und die damit verbundene massive Erhöhung der Soziallasten zulasten des Arbeitgebers scheint uns ungerechtfertigt. Ich mache einen Wechsel zum Beitragsprimat beliebt. Ich stelle deshalb im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, die Lohnsumme sei nur um 2 % statt 3 % zu erhöhen.

**Gemeindeammann Karl Frey:** Lohnkosten und Lohnnebenkosten sind auseinanderzuhalten. Die Lohnerhöhung ist nicht utopisch. Wir müssen konkurrenzfähig bleiben gegenüber der Wirtschaft und den anderen Gemeinden. 3 % ist nach Meinung des Gemeinderates gerechtfertigt. Die Lohnnebenkosten sind die mathematische Folgerung der Lohnerhöhung.

Man kann über Leistungsprimat oder Beitragsprimat diskutieren. Die Diskussion bringt nichts für das Budget. Es gelten da die Regelungen nach den Statuten der PKE. Für eine umfassende Diskussion wäre ein parlamentarischer Vorstoss des Einwohnerrates notwendig. Das Thema soll nicht auf die Schnelle abgewandelt werden.

#### **Abstimmung:**

Mit grosser Mehrheit wird er Antrag betreffend Herabsetzung der Lohnsumme auf 2 % abgelehnt.

#### **650.362.00 Gemeindebeitrag an RVBW**

**Hermann Steiner:** Wieso ist dieser Betrag um 20 % höher angesetzt? In der Begründung wird erwähnt, dass es sich um ein provisorischen Betrag handle.

**Gemeinderätin Antoinette Eckert:** Verantwortlich für die Erhöhung ist die Steigerung des Leistungsangebotes sowie die Neuregelung der finanziellen Verantwortlichkeiten des Bundes. Die Auswirkungen daraus sind noch nicht klar abzuschätzen.

#### **Investitionsrechnung und Verpflichtungskontrolle**

##### **200.501.01 Sanierung Kindergarten Altenburg**

**Roland Kuster:** Wir haben eine Korrektur auf Seite 70 anzubringen. Es betrifft den Kindergarten Altenburg. Die Sanierung ist im Voranschlag für das Jahr 2001 enthalten, wurde aber im Jahr 2000 realisiert und abgerechnet. Als Konsequenz aus diesem Fehler sind die Abschreibungen um ca. Fr. 70'000.— zu reduzieren.

#### **Artengliederung Laufende Rechnung**

**Roland Kuster:** Die heute vorgenommenen Korrekturen werden über den Steuerertrag geregelt.

#### **EWW**

**Roland Kuster:** Auch hier beschäftigten wir uns mit dem Unterhalt der Infrastruktur. Im Bereich der Versorgungsleitungen besteht ein erheblicher Investitionsbedarf in den nächsten Jahren. Das EWW hat eine Intensivstudie veranlasst. Daraus kann der Investitionsbedarf abgeleitet werden. Die Studie ist eine minutiöse Arbeit. Jeder Leitungsmeter ist untersucht, katalogisiert und typisiert worden. Der ermittelte Bedarf hat Auswirkungen auf den Wasserzins. Die Finanzkommission unterstützt das Vorhaben. Im übrigen haben wir keine Kommentare zur EWW Rechnung und empfehlen die Annahme.

Noch offen ist die Motion Werner Wunderlin. Es wird in Aussicht gestellt, dass der Einwohnerrat anfangs 2001 durch den Gemeinderat orientiert wird. Die Analysen sind im Gange.

## Stellenplan

Keine Bemerkungen.

## Beschluss des Einwohnerrates

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Voranschlag des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie das Budget der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 95 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 5 % festgelegt werden.

### 5 **Dringliche Motion der CVP Fraktion zur Ausrichtung eines Beitrages von Fr. 20'000.— für die Hilfe an Unwettergeschädigte im Wallis**

Namens der CVP-Fraktion hat Barbara Meier folgende Motion eingereicht:

Als Unterstützung für das südliche Afrika wurde bereits ein Beitrag gesprochen. Jetzt wird unsere Hilfe in der Schweiz benötigt.

In den letzten Tagen wurden im Wallis durch Unwetter verschiedene Dörfer schwer betroffen. Für diese Gemeinden ist Hilfe und Unterstützung dringend nötig. Der Gemeinderat wird daher ersucht, zu Lasten des Budgets 2000 den Betrag von Fr. 20'000.— an Unwettergeschädigte im Wallis zu überweisen.

**Barbara Meier:** Ich bedanke mich im Namen der CVP-Fraktion für die Überweisung der Motion. Da morgen der nationale Sammeltag der Glückskette stattfindet, bin ich dankbar, dass das Geschäft unbürokratisch abgewickelt werden kann und ein Betrag von Fr. 20'000.— überwiesen wird.

**Gemeindeammann Karl Frey:** Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Motionärin. Ich muss jedoch noch folgenden Punkt ergänzen. Eine Motion überweisen heisst, dass der Gemeinderat den Auftrag hat, Bericht und Antrag zu stellen. Das wäre eigentlich auf die nächste Sitzung. Der Gemeinderat hat sich heute Morgen mit dem Thema befasst. Er hat den Bericht und den Antrag bereits verfasst. Er liegt Ihnen jetzt vor. Wenn man ganz korrekt sein wollte, so hätte der Antrag 24 Stunden vorher zugestellt werden müssen. Das konnten wir nicht. Wir sind überzeugt, dass im Sinne der Dringlichkeit heute und jetzt unbürokratisch entschieden werden kann.

## Beschluss des Einwohnerrates

1. Die dringliche Motion wird einstimmig überwiesen.
2. Der Beitrag von Fr. 20'000.— zu Lasten der laufenden Rechnung wird beschlossen.

## 6 **Postulat Bodmer Thomas betreffend Erhalt des Naturschutzgebietes Limmatufer und des angrenzenden Erholungsgebietes Fohrhölzli**

**Thomas Bodmer:** Ich habe in der Zeitung gelesen, nur private Interessen zu vertreten. Es ist richtig, dass ich mit dem Postulat auch private Interessen vertrete, denn ich wohne da unten. Gleich machen es die Postulantin, welche einen Beitrag für die Tagesschule verlangte, ebenso Felix Feiner mit dem Postulat für eine S-Bahnhaltestelle im Tägerhard, ebenso Werner Wunderlin mit dem Postulat betreffend Einzonung von neuen Gebieten.

Wer würde sich nicht wehren, wenn probiert wird, die eigene Existenz zu zerstören. Ich wollte mich nie bereichern. Ich kaufte das Einfamilienhaus zu einem marktüblichen Preis. Es ist klar, dass die Diskussion um den Standplatz für Fahrende im Dezember, anlässlich der Behandlung des Zonenplanes, geführt werden muss.

Für mich es deshalb nicht zwingend, dass heute alle Punkte meines Postulates überwiesen werden. Ich kann auch damit leben, wenn das Postulat nicht überwiesen wird. Ich werde dafür im Dezember einen entsprechenden Antrag formulieren. Wenn wir heute jedoch überwiesen, so kann das Problem mit Fahrenden auf elegante Weise gelöst werden. Die Zonenplandiskussion kann dann im Dezember unbelastet geführt werden.

Der Zeitpunkt für mein Postulat ist nicht zufällig gewählt. Ein allfälliges Referendum gegen den Zonenplan muss vorbereitet werden. Schon vor 4 Jahren, als der Gemeinderat meine Liegenschaft auszonen wollte, habe ich im Rahmen eines Referendums gegen 900 der 1'400 benötigten Unterschriften gesammelt. Das zeigt, dass solches möglich ist. Ich kann mir vorstellen, dass ein gleiches Referendum wegen des Platzes für Fahrende wieder zustande kommen könnte. Es ist fraglich, ob die Gemeinde das Land für Zigeuner zur Verfügung stellen soll. Dies umso mehr, als die Leute freiwillig von der Sozialhilfe abhängig werden.

Es stellen sich verschiedene Fragen. Soll das Gebiet, das der Wettinger Bevölkerung als Erholungsgebiet dient, aufgegeben werden? Warum muss Wettingen solche Lasten tragen? Welche Ziele verfolgt der Gemeinderat im Bereich der Raumplanung und der Ökologie wirklich? Wer ausser Wettingen würde auf die Idee kommen, einen Zigeunerstandplatz in einer gemischten Wohnzone zu platzieren, unmittelbar neben vier Einfamilienhäusern? Wer glaubt daran, dass sich der Gemeinderat gegen die Zigeuner durchsetzen kann, wenn diese sich heute schon nirgends an Vorgaben halten?

Der Gemeinderat hat sich verschiedentlich in Widersprüche verstrickt. Vor vier Jahren hat er da Hecken geschützt. Nun sollen die Hecken im neuen Zonenplan nicht mehr geschützt sein. Die Gewässerschutzzone ist heute auf dem Plan auch nicht mehr vorhanden.

**Gemeindeammann Karl Frey:** Trotz des harmlos formulierten Titels des Postulates geht es dem Postulanten im Wesentlichen um die Verhinderung des vorgesehenen Platzes für Fahrende auf seiner Nachbarparzelle. Es trifft zu, dass der Gemeinderat beabsichtigt, auf der erwähnten gemeindeeigenen Parzelle einen Platz für Fahrende einzurichten, dies gestützt auf § 48 der Kantonsverfassung, wonach der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden nicht sesshaften ethnischen Minderheiten geeignete Örtlichkeiten für einen befristeten Aufenthalt zur Verfügung stellen kann. Dem Gemeinderat war und ist klar, dass eine solche Anlage nicht überall auf Gegenliebe stossen kann. Indessen gibt es die bekannten rechtsstaatlichen Mittel, sich dagegen zu wehren: Einsprache und Beschwerde im Baubewilligungsverfahren, Einsprache und Beschwerde im Planungsverfahren. Hinzu kommt bei der Planung auch noch die demokratische Komponente: Einwohnerratsbeschluss, eventuell Referendum, kantonales Genehmigungsverfahren. Die rechtsstaatlichen Verfahren sind von Herrn Bodmer eingeleitet worden; das demokratische Verfahren kommt zum Zug, wenn die Zonenplanrevision dem Einwohnerrat voraussichtlich an der kommenden Sitzung im Dezember unterbreitet wird. Bei dieser rechtsstaatlichen und demokratischen Ausgangslage ist es stossend, wenn ein Einwohnerrat mit einem parlamentarischen Vorstoss seine eigenen Privatinteressen wahrnehmen will; parlamentarische Vorstösse sind Elemente der Volksvertretung, nicht der eigenen privaten Interessen. Ferner weist der Gemeinderat alle Vorwürfe von Herrn Bodmer, die er in seinem Schreiben an die Mitglieder des Einwohnerrates geäussert hat, in aller Form zurück.

Am Schluss des Postulates wird der Gemeinderat aufgefordert, in verschiedenen Punkten tätig zu werden. Zu diesen Punkten nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

1. Das Naturschutzgebiet Limmatufer bezweckt in erster Linie den Naturobjektschutz. Bezüglich angrenzender Gebiete (offenbar zwischen Fohrhölzlistrasse und Bahngeleise) ist ein besonderer Erholungswert nicht erkennbar.
2. Der Vollzug Naturschutz ist Sache der Kulturlandkommission bzw. der Naturschutzdelegierten der Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Bau- und Planungsabteilung. Zur Zeit wird geprüft, ob einzelne hohe Bäume gefällt werden können, damit insbesondere im Randgebiet gegen die Fohrhölzlistrasse wieder eine niedere Strauchschicht entstehen kann. Die geforderte Auslichtung käme einer teilweisen Rodung gleich, welche schon daher nicht ins Auge gefasst werden kann, weil der fragliche Bereich des Limmatufers rechtskräftig als Wald festgestellt wurde.
3. Unterhalt und Pflege der dortigen Sitzbänke wird im üblichen Rahmen gemacht. Es sind keine zusätzlichen Massnahmen erkennbar.
4. Durch Aufnahme der genannten Schutzobjekte im Kulturlandplan ist der Schutz dieser Objekte gewährleistet (Vollzug durch die Kulturlandkommission). Bei allfälligen baulichen Massnahmen ist die Bau- und Planungsabteilung von Gesetzes wegen angewiesen, archäologischen Fundstellen besondere Beachtung zu schenken.
5. Betreffend Verzicht auf Neueinzonungen habe ich einleitend das Wesentliche gesagt. Es wird das Gegenstand der Einwohnerratssitzung vom 7. Dezember 2000.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, das Postulat Bodmer abzulehnen.

**Werner Wunderlin:** Soll im Gebiet Fohrhölzli ein Abstellplatz für Fahrende erstellt werden? Das ist eine wichtige Frage, die sorgfältig beraten und diskutiert werden soll. Die Diskussion muss stattfinden. Wir haben dazu im Dezember Gelegenheit. Es geht heute um Missbrauch eines politischen Amtes. Wir alle haben ein Gelübde abgelegt: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates meine Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen". Diese Verantwortung tragen wir nicht nur durch die Teilnahme und Wortmeldungen sowie Abstimmungen in den Ratssitzungen. Wir tragen die Verantwortung auch durch unsere politischen Vorstösse. Herr Bodmer hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Er hat ein Postulat eingereicht zur Erhaltung des Naturschutzes am Limmatufer und des angrenzenden Erholungsgebietes Fohrhölzli. Die Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Natur könnte damit gestützt auf den Postulatstext wahrgenommen werden. Aus der persönlichen Post des Postulanten an alle Einwohnerräte geht klar hervor, dass es letztendlich nur um die Eigeninteressen geht. Er handelt nicht stellvertretend für politische Gruppierungen, Quartiervereine oder andere Minderheiten in der Bevölkerung. Die Ansichten von Herrn Bodmer kann man teilen oder nicht teilen. Die CVP-Fraktion stellt sich der Frage nach einem Standplatz, aber nicht heute und nicht auf der Basis eines solchen Postulates.

**Richard Ganz:** Ich bitte Sie ebenfalls, das Postulat abzulehnen. Dem Postulanten soll keine politische Bühne geboten werden. In seinem Schreiben ist die wahre Motivation offengelegt worden. Es ist ethisch nicht erträglich wie der persönliche Unmut gegenüber dem Gemeinderat, wie die ureigensten Interessen in ein grünes Postulat verpackt werden. Dabei werden Fahrende noch zusammenhangslos diskreditiert und beleidigt. Ich protestiere gegen diese politische Unkultur.

**Leo Scherer:** Letztes Mal freute ich mich beim Lesen des Postulatstitels über den Vorstoss von Herrn Bodmer. Ich brachte dies mit meiner entsprechenden Handbewegung zum Ausdruck. Ich tat dies im Nachhinein zu unrecht. Heute halte ich meinen Daumen nach unten.

**Stephan Preisch:** Ich schliesse mich Werner Wunderlin an. Aber solche Hetzkampagnen fordern eine Reaktion heraus. Solche Pauschalangriffe sind haltlos. Damit kann kein Rechtsstaat geführt werden. Das Rechtsverständnis von Herrn Bodmer wird zum Ausdruck gebracht, indem erwähnt ist, dass die Kantonsverfassung bundesverfassungswidrig ist. Das ist nicht haltbar. Ein solches Postulat muss gestoppt werden.

### **Beschluss des Einwohnerrates**

Mit grosser Mehrheit lehnt der Einwohnerrat das Postulat ab.

Wettingen, 21. November 2000

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates**

**Präsidentin:**

Margrit Wahrstätter

**Protokollführer:**

Urs Blickenstorfer